TOP

Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss	25.11.2010

öffentlich

Vorlage Nr.	373/2010-3
Stand	26.10.2010

Betreff Antrag der FDP-Fraktion vom 17.09.2010 betr. Zukunftskonzept Feuerwehr und Rettungsdienst

Beschlussentwurf:
Der Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss

1. nimmt Kenntnis vom Antrag der FDP-Fraktion vom 17.09.2010 betr. Zukunftskonzept Feuerwehr- und Rettungsdienst und Ausführungen des Bürgermeisters hierzu und

2. beauftragt den Bürgermeister, konzeptionelle Überlegungen in Abstimmung mit dem Rettungsdienstbedarfsplan des Rhein-Sieg-Kreises unter Berücksichtigung der gebietlichen Festlegungen des Flächennutzungsplanentwurfes zu entwickeln und dem Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss zu gegebener Zeit zu berichten

Sachverhalt:
Die FDP-Fraktion hat mit Schreiben vom 17.09.2010 beantragt, ein Zukunftskonzept Feuerwehr und Rettungsdienst zu entwickeln und dem Rat zur Beschlussfassung vorzulegen. Hierbei sollen die dargestellten Fragestellungen mit in die Überlegungen eingebunden werden.

1. Zukunftskonzept Rettungsdienst

Zunächst ist grundsätzlich darauf hinzuweisen, dass der Rhein-Sieg-Kreis Träger des Rettungsdienstes und auch der Rettungswache Bornheim ist. Wie bekannt, entwickelt der Rhein-Sieg-Kreis z.Zt. einen Rettungsdienstbedarfsplan. Der Entwurf wurde u.a. den Fraktionen im Rat der Stadt Bornheim zur Sitzung am 17.06.2010 zur Mitkenntnis vorgelegt; eine abschließende Beschlussfassung der zuständigen Gremien des Kreises ist nach derzeitigem Kenntnisstand noch nicht erfolgt.

2. Zukunftskonzept Feuerwehr

In der Regel jährlich wird der seit Jahren existierende Brandschutzbedarfsplan durch Beschluss des Rates fortgeschrieben, zuletzt in der Sitzung des Rates am 17.12.2009, im weitesten Sinne ein Zukunftskonzept zur Durchführung der Feuerwehraufgaben in der Stadt Bornheim. Der Brandschutzbedarfsplan wird z.Zt. von der Verwaltung in Zusammenarbeit mit der Wehrführung aktualisiert mit dem Ziel, ihn schnellstmöglich dem Rat zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen.

Im Einzelnen ergeben sich aus dem bisherigen Brandschutzbedarfsplan auch alle notwendigen feuerwehrrelevanten Veränderungen für die Zukunft.

Zu den im FDP-Antrag aufgezeigten Fragen wird auf folgendes hingewiesen:

- Einhaltung der Hilfsfristen

Die Einhaltung der Hilfsfristen, insbesondere der Eintreffzeit von 8 Minuten bei sog. Eileinsätzen hat bisher regelmäßig zu keinerlei Problemen geführt.

Z.Zt. werden die diesbezüglichen Daten im Rahmen der Fortschreibung des Brandschutzbedarfsplanes zusammengestellt und dann dem Rat zur Kenntnis und Beschlussfassung vorgelegt.

- Hauptamtliches Personal

Es ist nicht erkennbar, dass z.Zt. eine Aufstockung des hauptamtlichen Personals erforderlich ist. Derzeit wird die Einstellung einer Vertretungskraft (krankheits-, urlaubsbedingt) für den hauptamtlichen Geräte-/Atemschutzgerätewart auf 400,00 €-Basis vorbereitet.

- Zahl der Einsätze

Die Zahl der Einsätze ist von Jahr zu Jahr zwar schwankend aber nicht unbedingt als deutlich höher zu bezeichnen (s. S. 24 des Brandschutzbedarfsplanes). Der „Ausrutscher“ im Jahr 2008 ist darauf zurück zu führen, dass unter der Zusammenfassung „Techn. Hilfeleistung“ jeder Einsatz der einzelnen Löschgruppen bei Unwetterlagen erfasst und gezählt wurde im Gegensatz zu den früheren Jahren, in denen bei Unwetterlagen unabhängig von den Einzeleinsätzen nur ein einziger Einsatz statistisch erfasst wurde.

Zum Vergleich vorab die Einsatzzahlen für 2009

- Brandeinsätze	70
- Techn. Hilfeleistung	119
- sonst. Einsätze / Fehlalarme	21
Gesamteinsätze	210

- Externe Gutachter

Sowohl Verwaltung als auch die Wehrführung halten die Einbindung eines externen Gutachters zumindest für entbehrlich.

3. Zusammenfassung

Der Bürgermeister schlägt vor, gemeinsam mit Vertretern des Rhein-Sieg-Kreises als Träger des Rettungsdienstes und der Rettungswache und der Wehrführung der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Bornheim ein Konzept im Sinne des FDP-Antrages zu entwickeln. In diese konzeptionellen Überlegungen soll auch die im Flächennutzungsplan vorgesehene Fläche am Hohlenberg als Feuerwehr- und Rettungswachenstandort einbezogen werden.

Finanzielle Auswirkungen:
Zunächst noch keine.

Anlagen zum Sachverhalt
Antrag